**Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister**

Ausschussbetreuender Fachbereich Finanzen	Datum 29.06.2009
	Schriftführung Andrea Pees
	Telefon-Nr. 02202/142609
Niederschrift	
Finanz- und Liegenschaftsausschuss	Sitzung am Dienstag, 23. Juni 2009
Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm- Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:00 Uhr - 18:55 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)
Sitzungsteilnehmer Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
Tagesordnung	
<p>A <u>Öffentlicher Teil</u></p> <p>1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit</p> <p>2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil</p> <p>3. Bericht über die in der Sitzung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses am 23.04.2009 gefassten Beschlüsse (öffentlicher Teil) <i>282/2009</i></p> <p>4. Mitteilungen des Vorsitzenden</p> <p>5. Mitteilung des Bürgermeisters</p> <p>6. Richtlinien zur städtischen Förderung der Kommunalen Bildungslandschaft in Bergisch Gladbach - Teil II: Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern im 6. - 10. Lebensjahr <i>254/2009</i></p>	

7. **Schulzentrum Saaler Mühle**
Verkürzung des Sanierungszeitraumes der Generalsanierung des Schulgebäudes
279/2009
8. **Neubau der Sport- und Schwimmhalle der Wilhelm-Wagener-Schule / Refrath**
268/2009
9. **Wirtschaftsplannachtrag 2009 für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung**
„Fachbereich Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung“
271/2009
10. **Entwurf der Eröffnungsbilanz einschl. Lagebericht und Anhang der Stadt**
Bergisch Gladbach zum 01.01.2008
281/2009
11. **Anträge der Fraktionen**
 - 11.1. **Antrag der FDP Fraktion zur Finanzierung der Regionale 2010**
288/2009
 - 11.2. **Antrag der FDP Fraktion vom 14.05.2009 auf Neuvorlage des Antrages A11 im**
Finanz- und Liegenschaftsausschuss vom 23.04.2009 zur Errichtung einer
bewirtschafteten Fahrradstation beim S-Bahnhof Bergisch Gladbach
290/2009

B **Nichtöffentlicher Teil**

1. **Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - nichtöffentlicher Teil -**

2. **Bericht über die in der Sitzung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses am 23.04.2009 gefassten Beschlüsse (nichtöffentlicher Teil)**
 285/2009

3. **Mitteilungen des Vorsitzenden**

4. **Mitteilung des Bürgermeisters**

5. **Verkauf eines Baugrundstücks in Bergisch Gladbach, Moitzfeld "Diakonissenweg"**
 272/2009

6. **Übernahme einer Bürgschaft zugunsten der PRO BeWo gGmbH - Ausführung des Solitärs Bücherei Bensberg**
 286/2009

7. **Anträge der Fraktionen**

8. **Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit

@->

Der Ausschussvorsitzende, Herr Waldschmidt, eröffnet um 17:00 Uhr die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit des Finanz- und Liegenschaftsausschusses fest.

<-@

2 Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

@->

Die Niederschrift vom 23.04.2009 wird genehmigt.

<-@

3 Bericht über die in der Sitzung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses am 23.04.2009 gefassten Beschlüsse (öffentlicher Teil)

@->

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

<-@

4 Mitteilungen des Vorsitzenden

@->

Herr Waldschmidt teilt dem Ausschuss mit, dass die CDU-Fraktion am 15.06.2009 einen Antrag gestellt habe, dieser jedoch verfristet sei, aber auf die Tagesordnung des nächsten Finanz- und Liegenschaftsausschusses gesetzt werde.

Zum Tagesordnungspunkt Radstation erklärt Herr Waldschmidt, dass die FDP-Fraktion beantragt habe, den Tagesordnungspunkt in dieser Sitzung erneut zu behandeln. Aufgrund der Geschäftsordnung musste Herr Waldschmidt den Tagesordnungspunkt auf die Tagesordnung nehmen. Er meine jedoch, dass es nicht dem demokratischen Brauch entspreche, wenn vermehrt Vorlagen aus den letzten Sitzungen erneut beraten werden. Demokratische Entscheidungen sollten respektiert werden, ansonsten würde er anregen, wie es in anderen Gemeinden bereits üblich sei,

dass Vorschriften in die Geschäftsordnung aufgenommen werden, die vorsehen, dass Anträge innerhalb eines gewissen Zeitraumes nicht erneut gestellt werden.

<-@

5 Mitteilung des Bürgermeisters

@->

Herr Mumdey unterrichtet den Ausschuss über die Entwicklung der Steuereinnahmen.

Er berichtet, dass ihm die regionalisierten Zahlen der Mai-Steuerschätzung bezüglich der Einkommensteuer und des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer vorlägen. Die Entwicklung beider Steuereinnahmen entwickelt sich wie folgt:

2009	./. 2.682.000 €
2010	./. 11.804.000 €
2011	./. 12.651.000 €
2012	./. 13.506.000 €

Jeweils von dem Wert, der in der mittelfristigen Finanzplanung in Ansatz gebracht wurde.

Wenn alle anderen Parameter gleich bleiben würden, so würde im letzten Jahr des Finanzplanungszeitraumes die Allgemeine Rücklage mit über 9 % in Anspruch genommen werden. Im Klartext würde dies das Haushaltssicherungskonzept (HSK) bedeuten.

Um diesen Steuerrückgang aufzufangen und nicht ins HSK zu kommen müssten jährlich 4.500.000 Mio. € eingespart werden.

Auch die Entwicklung der Gewerbesteuer sehe nicht besser aus. Hier werde mit einem Rückgang in Höhe von derzeit 5.239.000 € gerechnet.

Die dritte Zahl, die noch nicht 100 %ig vorhergesagt werden könne, sei die Kreisumlage. Der Kreis rechne mit einem erhöhten Transferaufwand von ca. 5.000.000 €. Wenn sich das auf die Kreisumlage verteile, entfallen auf die Stadt Bergisch Gladbach hiervon ca. 50 %.

Insgesamt erwarte er für den Haushalt 2010 eine deutliche Verschlechterung.

Da die exakten Zahlen erst Ende November vorliegen, wird der Entwurf der Haushaltssatzung 2010 auf der Grundlage des Haushalts 2009 (Wiederholungshaushalt) aufgestellt.

Der Entwurf wird dann mit den bis dahin aktualisierten Zahlen im Dezember eingebracht.

Herr Mumdey geht davon aus, dass der Haushalt 2010 in der Sitzung vor Ostern 2010 verabschiedet werde.

Herr Nagelschmidt macht darauf aufmerksam, dass immer noch keine Mitteilung zum

Thema Stadtentwicklungsgesellschaft vorliege.

Hierauf antwortet Herr Mumdey, dass Herr Schmickler für die nächste Sitzung im September zu diesem Thema eine Vorlage fertigen werde.

<-@

6 **Richtlinien zur städtischen Förderung der Kommunalen Bildungslandschaft in Bergisch Gladbach - Teil II: Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern im 6. - 10. Lebensjahr**

@->

Herr Waldschmidt trägt die Ergebnisse aus dem ABKSS und dem Jugendhilfeausschuss vor.

Herr Dr. Kassner möchte hierzu wissen, ob aufgrund der Ergänzungen Folgekosten entstünden.

Hierzu erklärt Herr Mumdey, dass die Folgekosten für die Erweiterung des Beschlusses von untergeordneter Rolle seien.

Der Finanz- und Liegenschaftsausschuss fasst daraufhin einstimmig die, um die Ergänzungen aus dem ABKSS und dem Jugendhilfeausschuss, erweiterte Beschlussempfehlung:

<-@

@->

1. Es wird begrüßt, mit der Neufassung der städtischen Richtlinien zur Förderung der Offenen Ganztagsgrundschulen einen Einstieg zur städtischen Förderung der Kommunalen Bildungslandschaft in Bergisch Gladbach gefunden zu haben.
2. Dem Teil II der städtischen Richtlinien zur städtischen Förderung der Kommunalen Bildungslandschaft in Bergisch Gladbach über die Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern im 6. – 10. Lebensjahr, die die städtischen Richtlinien zur Förderung der Offenen Ganztagsgrundschulen beinhalten, wird zugestimmt
3. § 2 (12) der Satzung der Stadt Bergisch Gladbach zur Erhebung von Elternbeiträgen für die Tagesbetreuung von Kindern vom 08.06.2006, der lautet: „Für Kinder des 1. bis 6. Schuljahres der Wilhelm-Wagener-Schule, die das Außerunterrichtliche Angebot der Offenen Ganztagschule besuchen, wird seitens der Stadt Bergisch Gladbach kein Beitrag erhoben.“ wird mit Wirkung ab 01.08.2009 gestrichen.
4. Die Regelungen in den „Richtlinien zur Förderung des Außerunterrichtlichen Angebots an den Grundschulen und weiterführenden Schulen (Primar- und Sekundarstufe I) der Stadt Bergisch Gladbach“ (Beschluss des Rates der Stadt Bergisch Gladbach vom 27.05.2004, zuletzt geändert am 20.09.2007) über die städtische Förderung von Betreuungsangeboten an weiterführenden Schulen behalten bis zur Beschlussfassung über die „Richtlinien zur städtischen Förderung der Kommunalen Bildungslandschaft in Bergisch Gladbach – Teil III: Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern im 10. – 15. Lebensjahr“ ihre Gültigkeit.
5. In Abänderung der bisherigen Beschlusslage wird für das Außerunterrichtliche

Angebot an den städtischen Grundschulen und der Wilhelm-Wagener-Schule die stadtweite Platzzahl auf 2.170 ab dem 01.08.2009 festgesetzt.

6. Die Verwaltung wird beauftragt, für den JHA und den ABKSS eine Beschlussvorlage zu erarbeiten, in der die Kriterien und Verfahrensweise festgesetzt werden, damit die vorrangig bedürftigen (im Sinne des SGB VIII) Kinder in das Außerunterrichtliche Angebot aufgenommen werden, wenn nicht hinreichend Haushaltsmittel für eine Nachfrage deckende Anzahl von Plätzen zur Verfügung gestellt werden können.

7

<-@

Schulzentrum Saaler Mühle

Verkürzung des Sanierungszeitraumes der Generalsanierung des Schulgebäudes

@->

Herr Nagelschmidt möchte wissen, ob die veranschlagten Beträge in dieser Höhe zeitnah verbaut werden können oder ob hier aufgrund der sich abzeichnenden Haushaltssituation Reserven angelegt werden.

Herr Martmann erklärt, dass keine Reserven eingeplant wurden, dass aber genaue Werte erst nach der Abrechnung feststünden.

Herr Ziffus und Herr Dr. Fischer begrüßen die zügige Umsetzung der Maßnahme.

*Nach diesen Erläuterungen fasst der Finanz- und Liegenschaftsausschuss **einstimmig** folgenden **Beschluss**:*

<-@

@->

Der Verkürzung der Bauzeit und der Kostensteigerung der Generalsanierung des Hauptgebäudes des Schulzentrums Saaler Mühle wird -vorbehaltlich der Sicherstellung der Finanzierung- zugestimmt.

8

<-@

Neubau der Sport- und Schwimmhalle der Wilhelm-Wagener-Schule / Refrath

@->

Herr Waldschmidt trägt das Beratungsergebnis aus dem ABKSS vor.

Herr Dr. Fischer fragt nach der Höhe der Einsparungen der jährlichen Betriebskosten bei dem geplanten Neubau gegenüber einer Sanierung.

Herr Martmann antwortet hierauf, dass bei dem Neubau nicht mit geringeren Betriebskosten argumentiert würde, sondern damit, dass die Kosten für einen Neubau unwesentlich höher seien, als bei einer Sanierung. Durch den Neubau erreiche man jedoch wesentliche Vorteile wie z.B. eine normgerechte Turnhalle und behindertengerechte Zugänge. Darüber hinaus könne die Energieeinsparverordnung eingehalten werden und man erhalte einen Neubau und keine Sanierung in ein altes Tragwerk.

Herr Martmann erklärt, dass deutliche Einsparungen im Bereich der Energie erwartet werden.

Der Finanz- und Liegenschaftsausschuss fasst daraufhin **einstimmig** folgenden **Beschluss**:

<-@

@->

Dem Neubau der Sport- und Schwimmhalle Wilhelm-Wagener-Schule / Refrath wird - vorbehaltlich der Sicherstellung der Finanzierung - zugestimmt.

<-@

9 **Wirtschaftsplannachtrag 2009 für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung „Fachbereich Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung“**

@->

Herr Martmann erläutert die Hauptpunkte des Nachtrages, der notwendig sei, da man bei einigen Maßnahmen nicht finanziert sei. Zum einen handele es sich um die erhöhten Baukosten im Bereich Schulzentrum Saaler Mühle mit 2.800.000 € und die erhöhten Baukosten im Bereich des Neubaus der Sport- und Schwimmhalle der Wilhelm-Wagener-Schule. Hinzu kämen die erhöhten Kosten bei der Sanierung der Turn- und Gymnastikhalle an der Grundschule in Hand. Die vorgeschlagene Verpflichtungsermächtigung für 2012 in Höhe von 2.000.000 € werde von vorne herein gesperrt und könne nur durch einen separaten Ausschussbeschluss aufgehoben werden.

Diese Verpflichtungsermächtigung sei für den Fall eingeplant, dass die Realschule und das Gymnasium Otto-Hahn einen Schulkonferenzbeschluss für die so genannte gebundene Ganztagschule fassen. Es sei im Moment nicht absehbar ob und wann dies statffinde. Hier solle ein Anreiz geboten werden, durch Umbauten die Einführung der gebundenen Ganztagschule zu unterstützen.

Die Verwaltung hält es für ein erstrebenswertes Ziel, die drei unterschiedlichen Schulformen in den Sekundarstufen, in Bergisch Gladbach mindestens einmal anbieten zu können.

Herr Dr. Fischer stellt den Antrag, die Genehmigung für die Änderung der zusätzlichen investiven Gesamtkosten auf das Jahr 2009 zu beschränken und die Änderungen für die Jahre 2010 - 2012 erst dann zu beschließen, wenn eine bessere Übersicht vorliege, wie sich der Gesamthaushalt entwickle.

Herr Martmann antwortet hierauf, dass man dann nicht mehr in der Lage sei, die Generalsanierung Schulzentrum Saaler Mühle auszuschreiben, weil man nicht finanziert sei. Das gleiche gelte für den Neubau Schwimmbad Mohnweg und auch die Turnhalle in Hand könne nicht ausgeschrieben werden. Herr Martmann hält diesen Vorschlag für dramatisch. Hierdurch würden die Sanierungen verhindert.

Herr Mumdey ergänzt zu den Äußerungen von Herrn Martmann, dass sich die Parameter ändern, sobald in diesem Jahr die 4 Millionen Grenze bei den zu erwartenden Mindereinnahmen erreicht sei. Dann bestehe gem. § 9 der Haushaltssatzung die Verpflichtung zu einem Nachtragshaushalt.

Herr Dr. Fischer macht deutlich, dass Schulsanierung und Bildungspolitik für die

FDP-Fraktion ein absoluter Schwerpunkt seien. Aufgrund der Ausführungen von Herrn Martmann ziehe er daher den Antrag zurück.

*Der Finanz- und Liegenschaftsausschuss fasst daraufhin **einstimmig bei 2 Enthaltungen aus der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion folgende Beschlussempfehlung für den Rat:***

<-@

@->

Der Wirtschaftsplan wird gemäß § 14 Abs. 2 EigVO geändert und in der aus der Anlage ersichtlichen Form beschlossen.

@

10 **Entwurf der Eröffnungsbilanz einschl. Lagebericht und Anhang der Stadt Bergisch Gladbach zum 01.01.2008**

@->

Herr Mumdey erklärt, dass eine inhaltliche Erörterung der Eröffnungsbilanz zum jetzigen Zeitpunkt nicht notwendig sei, da sie zunächst dem Rat zugeleitet werde, der sie dann an den Rechnungsprüfungsausschuss verweist. Im September werde die Eröffnungsbilanz dann, mit allen Änderungen, die durch die Prüfung des Rechnungsprüfungsamtes, des Gemeindeprüfungsamtes und der Wirtschaftsprüfer vorgenommen werden, dem Rat zur Beschlussfassung vorgelegt.

*Im Anschluss empfiehlt der Finanz- und Liegenschaftsausschuss dem Rat **einstimmig folgenden Beschlussvorschlag:***

<-@

@->

Der Rat nimmt den vom Kämmerer am 5.6.2009 aufgestellten und vom Bürgermeister bestätigten Entwurf der Eröffnungsbilanz einschließlich Lagebericht und Anhang der Stadt Bergisch Gladbach zum 01.01.2008 zur Kenntnis und leitet ihn an den Rechnungsprüfungsausschuss zur Prüfung gemäß § 92 (5) GO NRW weiter.

<-@

11 **Anträge der Fraktionen**

@->

Herr Nagelschmidt möchte die konkreten Auswirkungen auf die Regionale, die Zuschüsse und die Eigenanteile wissen, wenn das Defizit im nächsten Jahr tatsächlich 30 Millionen Euro beträgt und sich die Stadt im Nothaushalt oder wahrscheinlicher in der Haushaltssicherung befindet.

Herr Mumdey erläutert hierzu, dass er bei der Kommunalaufsicht nachgefragt habe, wie es mit den Maßnahmen aussehe, auch wenn sie mit einer Verpflichtungsermächtigung gesichert seien. Auch die Maßnahmen der Regionalen unterliegen den Beschränkungen, es sei denn, mit den Maßnahmen wurde bereits begonnen.

Herr Dr. Kassner stellt die Frage, ob nicht der Bürgermeister oder die Kommunalaufsicht angesichts der rechtlichen Lage den Beschluss beanstanden müsse.

Herr Mumdey erklärt, dass hierfür die Voraussetzungen nicht vorliegen.

Herr Dr. Fischer möchte wissen, ab wann man von einer begonnenen Maßnahme sprechen kann. Hierauf antwortet Frau Müller-Veit, dass eine Maßnahme als begonnen gelte, wenn der Auftrag erteilt wurde, der die Baumaßnahme vor Ort in die Wege leite.

Herr Albrecht bittet die Verwaltung bei der Kommunalaufsicht nachzufragen, ob es bei der Regionale ähnliche Finanzierungsmodelle gebe, wie im Konjunkturprogramm. Denn die Kommunen die sich momentan im Nothaushalt oder HSK befänden, hätten auch Möglichkeiten, ihren Eigenanteil für das Konjunkturprogramm entsprechend finanzieren zu lassen.

Herr Waldschmidt erklärt, dass es widersinnig sei, dass das Land Städtebauförderungsmittel im Rahmen der Regionale in Millionen Höhe zur Verfügung stelle und die Kommunen, die kein Geld haben, diese Mittel nicht in Anspruch nehmen können, weil sie ihren Eigenanteil nicht erbringen können. Dies sollte über Parteigrenzen hinweg nach Düsseldorf kommuniziert werden.

<-@

11.1 Antrag der FDP Fraktion zur Finanzierung der Regionale 2010

@->

Herr Dr. Fischer bedankt sich für die Aufstellung.

<-@

11.2 Antrag der FDP Fraktion vom 14.05.2009 auf Neuvorlage des Antrages A11 im Finanz- und Liegenschaftsausschuss vom 23.04.2009 zur Errichtung einer bewirtschafteten Fahrradstation beim S-Bahnhof Bergisch Gladbach

@->

Herr Dr. Fischer erklärt, dass die FDP Demokraten seien und sich grundsätzlich demokratischen Beschlüssen beugen. In diesem Falle jedoch sehe dies anders aus. Man sei der Meinung, dass die Verwaltung eine Fehlplanung abgeliefert habe und die bisher vorgelegte Vorlage unvollständig sei. Auf die von der FDP vorgebrachten Argumente habe die Verwaltung in dieser Vorlage nicht geantwortet und sie auch nicht kommentiert.

Herr Dr. Fischer macht darauf aufmerksam, dass die Radstation an dieser Stelle nochmals gründlich durchdacht werden sollte.

Herr Nagelschmidt spricht sich gegen das Projekt aus.

Herr Ziffus macht darauf aufmerksam, dass ein gültiger Beschluss vorliege, der derzeit umgesetzt werde.

Herr Sonnenberg beantragt eine Vertagung des Antrages bis ein Betreiberkonzept und eine detaillierte Kostenaufstellung vorliege.

Frau Kreft erklärt, dass die Argumente hinreichend ausgetauscht wurden und die

SPD-Fraktion den FDP-Antrag ablehnen werde.

Herr Kurz erklärt nochmals die Vorlage.

Herr Dr. Kassner schlägt vor, für den nächsten Finanz- und Liegenschaftsausschuss im September eine Vorlage zu erstellen, die die verschiedenen Betreibermöglichkeiten erläutert.

Herr Martmann erklärt, dass ein Vertagungsantrag zum Bau führe.

Im Anschluss an diese Diskussion lässt Herr Waldschmidt über den Vertagungsantrag der KIDinitiative abstimmen.

Die FDP, die BfBB und die KIDinitiative stimmen für den Antrag, die CDU und die SPD stimmen dagegen. Somit ist der Antrag abgelehnt.

Herr Waldschmidt lässt nunmehr über den FDP-Antrag abstimmen.

*Der Antrag wird **mehrheitlich** gegen die Stimmen von FDP, BfBB, Enthaltung der KIDinitiative und einer Enthaltung der CDU **abgelehnt**.*

Herr Ziffus möchte wissen, ob es kurzfristig möglich sei, vor und hinter der alten Feuerwache Parkplätze einzurichten und was dies für Kosten verursache würde.

Herr Ziffus fragt nach, ob es einen Grund dafür gebe, dass im Parkhaus EVK die beiden unteren Ebenen immer noch nicht asphaltiert seien. Weiterhin möchte er wissen, warum der Weg zum Parkhaus ab 22 Uhr unbeleuchtet sei.

Herr Waldschmidt schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.

<-@